

Kapitalmarkt-Booster für Österreich

Warum sich immer mehr Menschen für Aktien & Co interessieren, wieso Klimaschutz einen starken Aktienmarkt braucht und welche Anreize jetzt gesetzt werden müssen.



Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien

unsere
INDUSTRIE
hilft

INITIATIVE
IV-Task-Force „Unsere Industrie
hilft“ eingerichtet

Seite 3



KRIEG IN DER UKRAINE
Paradigmenwechsel bei der
Energieversorgung?

Seite 4



KÄRNTEN
Landeshauptstadt braucht
Positionierung

Seite 10

Wie sich der Krieg in der Ukraine auf die Industrie auswirkt

Welche Effekte die EU-Russland-Sanktionen auf die Industrie haben und warum der tatsächliche Schaden noch nicht abschätzbar ist.

Der furchtbare Krieg in der Ukraine bedeutet nicht nur für die europäische Sicherheitsarchitektur eine Zäsur. Auch die international vernetzte Wirtschaft ist von den Auswirkungen des militärischen Konflikts in unterschiedlichen Dimensionen massiv betroffen. Wie stark, hängt naturgemäß vom Grad der Verflechtung ab. Für Österreich ergibt sich dabei ein ambivalentes Bild.

Als zweitgrößter Investor ist Russland bedeutender Wirtschaftspartner, 650 heimische Unternehmen führen Niederlassungen im größten Land der Erde. Zu den rot-weiß-roten Lieferungen zählen bisher Maschinen und Anlagen, Pharmaerzeugnisse oder Lebensmittel. Umgekehrt importiert Österreich Gas, Öl und weitere Rohstoffe. In der Ukraine wiederum sind heimische Betriebe der sechstgrößte Auslandsinvestor und mit 200 Niederlassungen vertreten. Mit 190 Millionen Menschen sind beide Länder schon wegen ihrer Größe ein interessanter Markt. Dabei darf allerdings nicht das geringe ökonomische Gewicht beider Staaten übersehen werden: Trotz seiner 145 Millionen Einwohner liegt Russland beim globalen Vergleich der Wirtschaftsleistung (BIP) nur auf Rang 11 und damit zwischen Südkorea und Spanien. Die Ukraine reiht sich mit Rang 54 deutlich hinter Österreich (28) ein.

Sinkende Nachfrage & Investitionen

Die ersten Sanktionen treffen vorwiegend die russischen Verantwortlichen und Staatsunternehmen – sowie in überschaubarem Ausmaß europäische und österreichische Betriebe. Der Schaden für die Industrie entsteht direkt durch einzelne Sanktionen, wie etwa Exportverbote für Hightech-Produkte. Die IV wies zudem auf die gravierenden indirekten Auswirkungen hin: Konkrete Beispiele dafür sind die sinkende Nachfrage, auf den Prüfstand gestellte Investitionen bis hin zu Unterbrechungen von Lieferketten, die bereits sehr früh zu Produktionsausfällen geführt haben. Wie weit die Sanktionsschraube gedreht wird, war bis Redaktionsschluss der aktuellen Ausgabe der „iv-positionen“ nicht absehbar.

In der ORF-Diskussionssendung „Im Zentrum“ stellte IV-Präsident Georg Knill klar, dass Europa geschlossen gegen die Aggression auftreten müsse und alle sinnvollen Instrumente genutzt werden sollten, um Frieden herstellen. Dabei betonte er aber auch, dass die Maßnahmen sehr schmerzhaft für zahlreiche Unternehmen in Österreich seien. Entscheidend sei, dass trotz der Einschränkungen die Industrie am Laufen bleibe – schon im Interesse der Versorgungssicherheit im Land. Die IV sprach sich daher Anfang März deutlich gegen ein Gas-Embargo aus. Denn Österreich braucht diesen Energieträger, um Produktion,

Beschäftigung und Wohlstand zu sichern (siehe Bericht auf Seite 4).

Wie wirken Sanktionen gegen Russland und helfen sie dabei, politische Ziele zu erreichen? Erste Schätzungen sprechen von einem Sinken der Wirtschaftsleistung um zehn bis 20 Prozent. Aktuell verhängt sind Finanzsanktionen, mit der die Finanzierung Russlands

auf den internationalen Kapitalmärkten erschwert werden soll. Das Ziel ist, durch die Sperrung des EU-Luftraums und erschwelter Visa-Vergaben das größte Land der Erde international zu isolieren. Auch wenn auf Sicht die Beziehungen zu Moskau von diesem Krieg geprägt sein werden, darf die Brücke zum russischen Volk jedoch nicht zer schlagen werden.



IV-Präsident Georg Knill erörterte in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die österreichische Industrie.

GASTKOMMENTAR

Ein Papiertiger schärft seine Krallen

Zwischen Pandemie und Krieg rutschen derzeit andere Themen ins Abseits. Verständlich. Das Lieferkettengesetz, das die EU auf den Weg geschickt hat, beispielweise. Es verdient aber Aufmerksamkeit.

Die Stoßrichtung des vorgelegten Entwurfs der Europäischen Kommission: Unternehmen sollen für die Produktionsweisen und Arbeitsbedingungen ihrer Lieferanten stärker in die Pflicht genommen werden und für Verstöße entlang dieser Lieferketten auch zivilrechtlich haften. Damit will man die Einhaltung von Mindeststandards bei Menschenrechten, im Umwelt- und Klimaschutz erzwingen – egal, wo auf der Welt die Waren produziert werden. Erhoffter Kollateralnutzen: mehr Transparenz.

Keine Kinderarbeit, keine Umweltsünden mehr, dafür existenzsichernde Löhne, grüne Kreislaufwirtschaft und überhaupt mehr Fairness und Nachhaltigkeit: Klingt ja alles nicht so schlecht. Tatsächlich stellt sich diesen ambitionierten Zielen auch kaum jemand entgegen. Allein die angestrebte Verlagerung von Verantwortung Richtung Unternehmertum sorgt bei den Betroffenen für verständliche Kritik. Wäre es nicht einer der ureigensten Zuständigkeitsbereiche der Politik, dafür zu sorgen, dass von ihr festgelegte Normen, Regeln und Standards auch eingehalten werden?

Natürlich lassen sich die Kontrollvorschriften unter „sozialer Verantwortung“ abheften. Dass von Unternehmerseite aber

„Augenmaß und Machbarkeit“ eingefordert wird, überrascht nicht, stoßen die eingemahnten Sorgfaltspflichten doch auf natürliche Grenzen. Es scheint die Komplexität globaler Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zu ignorieren und nicht besonders realitätsnah zu sein, ein heimisches Unternehmen für etwaige Verfehlungen von Zulieferern der Zulieferer der Zulieferer verantwortlich zu machen.

„Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags.“

Ja, längst existierende, freiwillige Verpflichtungen, Zertifizierungen und Gütesiegel scheinen bislang nicht gereicht zu haben. Auch die bereits 2011 von der UNO verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft

und Menschenrechte sind ambitioniert, aber etwas zahnlos. Es hat sich – wenig überraschend – gezeigt, dass die Einbindung in den internationalen Waren- und Dienstleistungsaustausch nicht automatisch zu einem ökonomischen, ökologischen und sozialen Upgrade vor allem am hinteren Ende der Lieferkette führt. Vielmehr hat die Globalisierung gewisse Wohlstandsasymmetrien verschärft. Das steht außer Diskussion.

Auch dass es keine Amnestie bei Menschenrechtsverletzungen und kein Wegschauen bei Umweltsünden mehr geben darf, steht außer Zweifel. Die Gesetzesvorlage ähnelt aber eher einem Plan zur weiteren Bürokratisierung des unternehmerischen Alltags. Das überfordert die Betriebe und raubt Europa seine internationale Wettbewerbsfähigkeit. Globale Verantwortung ja, aber um profitungrige Ungerechtigkeiten zu bekämpfen, soziale Schieflagen zu beseitigen und die Einhaltung der Klimaschutzziele zu garantieren, braucht es sensiblere Instrumente. Betrieben die volle Verantwortung für die Durchsetzung der Menschenrechte oder ökologischer Mindeststandards in Drittstaaten zu übertragen, ihre Lieferketten also praktisch unter einen Generalverdacht zu stellen, wirkt wenig vertrauensbildend.

Traurig genug, dass die kriegerischen Auseinandersetzungen dem Thema eine dramatische Aktualität geben, werden doch traditionsreiche, neu aufgesetzte und selbst noch nicht einmal in Betrieb genommene Lieferketten mittels weitreichender Sanktionen (und auch im wahrsten Wortsinn) gesprengt. Zumindest die Frage nach Schuld und Verantwortung stellt sich in diesem Fall aber nicht. Die Antwort ist eindeutig.



Klaus Höfler ist stellvertretender Chefredakteur des Blogs „Fakt und Faktor. Wirtschaft. Wissen und Wandel“: www.faktundfaktor.at. Zuvor war er für „Die Presse“ und „Kleine Zeitung“ tätig.

Fotos: Markus Rösel

Die Industrie braucht sichere Energie

Die IV steht klar hinter der Linie von Europäischer Union und Bundesregierung zum Überfall Russlands auf die Ukraine. Eine leistbare Energieversorgung muss für den Standort Priorität haben.

Die Invasion Russlands in der Ukraine betrifft uns in der produzierenden Wirtschaft und in der Kreditwirtschaft in vielerlei Hinsicht: Vor allem bangen wir um die Menschen im Kriegsgebiet. Österreichische Betriebe, die in der Region aktiv sind, machen sich große Sorgen um Gesundheit und Leben ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie deren Familien. Viele heimische Unternehmen haben rasch Hilfs- und Unterstützungsmaßnahmen gesetzt. Neben der humanitären Katastrophe sind auch die wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen massiv.

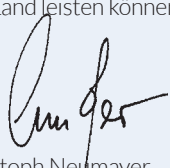
Klar ist: Österreichs Industrie unterstützt unmissverständlich die Linie der Bundesregierung und der Europäischen Union. Auf den Bruch des Völkerrechts und einen Angriffskrieg im Europa des 21. Jahrhunderts muss es angemessen klare und gemeinsame Antworten geben. Das sind wir den Menschen in der Ukraine und unseren Werten schuldig, auf denen auch unsere Wirtschaft steht.

Gleichzeitig steht außer Frage, dass unsere betroffenen Unternehmen bestmöglich bei der Bewältigung der großen Herausforderungen durch Krieg und Sanktionen unterstützt werden müssen. Die Industriellenvereinigung steht daher gerade in diesen Krisenzeiten in engem Austausch mit staatlichen Behörden, um einerseits IV-Mitglieder möglichst rasch zu informieren und andererseits politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern ein aktuelles Lagebild aus der Industrie zu vermitteln. Neben abgerissenen Lieferketten und mangelnder Verfügbarkeit von Rohstoffen haben Energieversorgungssicherheit und Energiekosten jetzt Priorität für den Standort Österreich. Oberste

Aufgabe der Energiepolitik ist es, die störungsfreie Versorgung mit Energie – konkret mit Erdgas – aufrechtzuhalten. Ein massiver Eingriff wie die Energielenkung, bei der einzelnen Teilen von Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie schlichtweg abgedreht wird, muss jedenfalls verhindert werden (siehe Bericht auf Seite 4). Fakt ist: Haushalte und Industrie sind auf Erdgas angewiesen. Es bleibt unverzichtbar für die Produktion von Gütern, auf die unsere Gesellschaft nicht verzichten kann.

Künftig wird deutlich mehr auf die Diversifizierung von Energielieferungen zu achten sein. Langfristig werden der verstärkte Ausbau erneuerbarer Energie und gesteigerte Energieeffizienz ihren Beitrag dazu leisten, unabhängiger von russischer Energie zu werden. Dazu müssen aber endlich Genehmigungsverfahren für große Erneuerbaren-Kraftwerke massiv beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen geschaffen werden. Notwendig sind die sofortige Anwendung des bereits bestehenden Standortentwicklungsgesetzes sowie eine echte (!) Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes. Mangelnder Reformeifer wäre angesichts der aktuellen weltpolitischen Lage geradezu skurril. Bis auf Weiteres werden wir aber weiterhin Öl und Gas aus Russland beziehen, denn auch der ambitionierteste Ausbau erneuerbarer Energie wird keinen kurzfristigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung in unserem Land leisten können.

Ihr



Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär



„Die Stahlindustrie in ganz Europa hat Pläne für eine Reduktion des CO₂-Fußabdrucks entwickelt. Wir sind auch startbereit. Was fehlt, sind die Rahmenbedingungen dafür: genug grüne Energie, leistungsfähige Netze und ausreichend Unterstützung der Regierung für die Transformation.“

Herbert Eibensteiner,
Vorstandsvorsitzender
voestalpine AG



„Gerade in der Krise zeigt sich die Bedeutung einer robusten, standorttreuen und innovativen Wirtschaft. Das sollte man bei künftigen Diskussionen über standortrelevante Infrastrukturprojekte nicht vergessen.“

Markus Comploj,
geschäftsführender Gesellschafter
Getzner, Mutter & Cie.



„Europa hat das Thema Mikroelektronik versäumt. Wir haben weder bei Datenspeicherung, Cloud-Services, Datenverarbeitung in Europa einen Anteil. Aber endlich passiert etwas.“

Andreas Gerstenmayer,
Vorstandsvorsitzender AT&S

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 7. März war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS



INITIATIVE

Unsere Industrie hilft

Anfang März hat die Industriellenvereinigung die Task-Force „Unsere Industrie hilft“ eingerichtet. Diese fungiert vor allem als Contactpoint, um Hilfeleistungen einfach und punktgenau zu ermöglichen. „Unsere Industrie hilft“ erreichen Sie unter industrie.hilft@iv.at

bzw. unter der Hotline **0664 841 29 23**. Die IV möchte mit dieser Initiative einen (kleinen) Beitrag leisten, die humanitären Aktivitäten aus dem Kreis der Industrie zentral zu bündeln und so bestmöglich zu unterstützen. Weitere Informationen unter: www.iv.at

unsere
INDUSTRIE
hilft 

ZAHL DES MONATS

146.000

In den vergangenen vier Quartalen konnten laut Statistik Austria im Schnitt 146.000 offene Stellen auf dem Arbeitsmarkt nicht besetzt werden. Den größten Zuwachs an offenen Stellen gab es im produzierenden Bereich mit einem Plus von 50 Prozent im Jahresvergleich. Hier waren im Jahr 2021 durchschnittlich 40.200 Stellen vakant.

Die Industrie unterstützt die aktuellen Reformgespräche zur Arbeitslosenversicherung neu und bringt sich hier mit ihrer Expertise ein. Dabei ist es entscheidend, Anreize zu schaffen, um arbeitslose Personen wieder rasch ins Erwerbsleben zurückzubringen. Einen ausführlichen Bericht über notwendige Reformschritte finden Sie auf www.iv.at bzw. in der April-Ausgabe der iv-positionen.



Paradigmenwechsel bei der Energieversorgung?

Der Krieg in der Ukraine hat die Preise für Energie und Rohstoffe weiter in die Höhe getrieben. Warum die Diversifizierung bei Energielieferungen Zeit braucht und weshalb gerade jetzt schnellere Genehmigungsverfahren entscheidend wären.

Schon vor Kriegsausbruch war 2022 ein Jahr der ökonomischen Extreme: Die Inflation kletterte im Februar auf 5,9 Prozent und somit auf den höchsten Wert seit 38 Jahren. Ebenso dramatisch war der Anstieg der Energiekosten: Gegenüber der Zeit vor der Corona-Pandemie hat sich der Preis für Strom bereits vor dem Krieg verdreifacht, jener für Gas sogar versiebenfacht. Selbst ohne russischen Angriff auf die Ukraine wäre mit einer Rückkehr in Richtung Normalität nicht vor dem Frühjahr 2023 zu rechnen gewesen.

Angesichts der furchtbaren Ereignisse sind seriöse Prognosen kaum möglich, die ohnehin bereits hohen Energiekosten werden durch den Konflikt weiter angeheizt. Allein am Tag der russischen Invasion stieg der Gaspreis von 80 auf rund 130 Euro je Megawattstunde, Anfang März bewegte er sich in Richtung 200 Euro. Vor allem für energieintensive Unternehmen verursacht das einen beträchtlichen Schaden – unabhängig davon, ob sie mit Russland im Handel stehen. Im Gegensatz dazu hat sich der Gaspreis in den USA oder anderen Regionen mit Abstand weniger bewegt.

Der aktuelle Konflikt zeigt einmal mehr, wie stark die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie an der Verfügbarkeit von Energie und wettbewerbsfähigen Preisen hängt. Zwar ist Österreich dank seiner großen Gasspeicher vergleichsweise gut vorbereitet. Dennoch bleibt eine unangenehme Wahrheit: Die Abhängigkeit der europäischen Energieversorgung von Russland ist gewaltig. 2021 wurde von Russland Gas mit einem Energiegehalt von über 1.600 Terawattstunden nach Europa geliefert. Um das zu ersetzen, bräuchte es 1.500 Freudenu-Kraftwerke oder rund 70.000 Windräder der größten 280 Meter hohen Onshore-Windturbinen.

Austausch mit Bundesministerin Gewessler

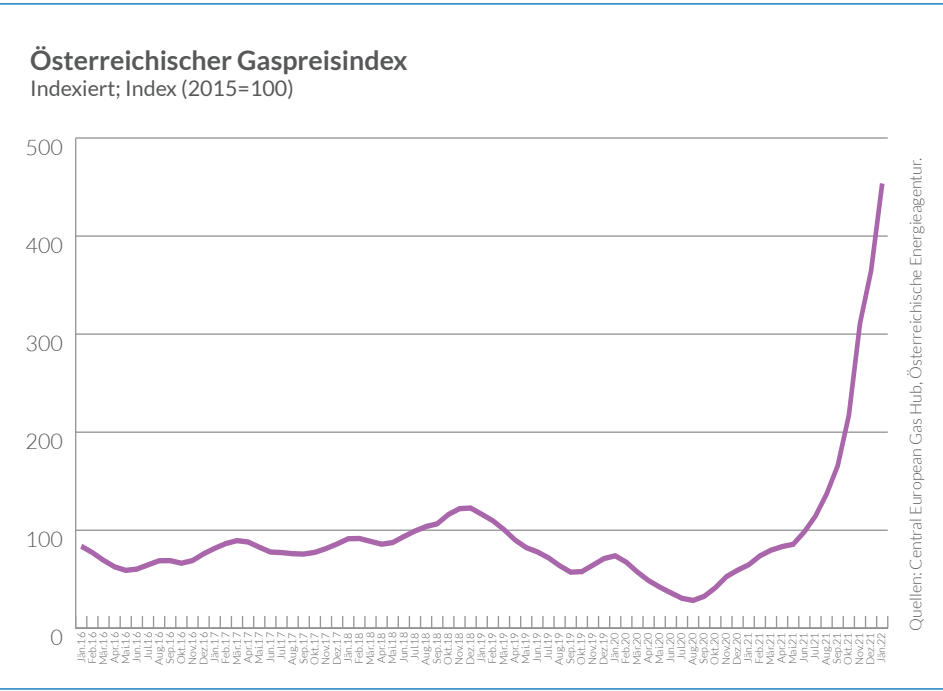
Welche Auswirkungen hat der Krieg auf die heimische Versorgungssicherheit? Vor dem jüngsten Energielenkungsbeirat Anfang März sprach sich die IV vehement für eine störungsfreie Versorgung mit Energie aus. Der massive Eingriff der Energielenkung, wobei einzelnen Teilen der Gesellschaft und Volkswirtschaft die Energie abgedreht würde, müsse jedenfalls verhindert werden. Das und die hohen Energiepreise waren auch

zentrales Thema bei einem Austausch mit Klimaschutzministerin Leonore Gewessler und den Unternehmensvertretern der IV-Ausschüsse für „Infrastruktur“ sowie „Ressourcen, Energie & Ökologie“.

Genehmigungsverfahren beschleunigen

Die dramatischen Entwicklungen werden zu einer Zäsur österreichischer und europäischer Energiepolitik führen: Mehr Diversifizierung bei Energielieferungen ist notwendig, wird aber angesichts der Größenordnung nicht so schnell möglich sein, wie sich das so mancher vorstellt. Derzeit bezieht Österreich 80 Prozent seines Erdgases aus Russland, mehr als 40 Prozent des Gesamtverbrauchs benötigt die Industrie. Doch nicht nur die Unternehmen – von der energieintensiven Industrie bis zu KMU – sind auf diesen Energieträger angewiesen. Er wird auch für die Stromerzeugung benötigt, und hier auch für die Stabilisierung der Stromversorgung beim Übergang auf ein erneuerbares Energiesystem. Das ist das weniger bekannte Gesicht von Erdgas. Wäre Flüssiggas (LNG) eine kurzfristige Alternative zum Erdgas? Damit könnte die Gasversorgung diversifiziert werden. Allerdings fehlen laut Analysten derzeit in den europäischen Gasterminals die Kapazitäten, um die benötigten Mengen zu verarbeiten und zu transportieren. Zudem ist auf den Märkten derzeit nicht ausreichend LNG verfügbar. Grund dafür sind bestehende Lieferverträge.

Ein langfristiger Weg in Richtung mehr Unabhängigkeit von russischer Energie führt über die fortschreitende Umstellung auf eine CO2-freie Wirtschaft mit dem verstärkten Ausbau erneuerbarer Energie. Das geht aber nur mit einer Kraftanstrengung, die Genehmigungsverfahren für große erneuerbare Kraftwerke beschleunigt und die dafür erforderlichen Stromleitungen schafft. Wann, wenn nicht jetzt, ist der Zeitpunkt, neue Energieinfrastrukturen zu errichten? Für die Industrie ist klar: Jetzt muss es darum gehen, ins Handeln zu kommen. Und dafür muss die Novelle des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes genutzt und das bereits bestehende Standortentwicklungsgesetz angewendet werden.



Bereits vor dem Ukraine-Krieg erreichte der Gaspreis den siebenfachen Wert im Vergleich zur Vor-Corona-Zeit.

IV-FAKTECHECK

Wie gerecht ist unser Steuersystem?

In der politischen Diskussion ersetzen Meinungen und Gefühle zunehmend Fakten. Eine Analyse zeigt, warum manche Ideen in die Sackgasse führen:



Laut OeNB-Erhebung HFCS (Household Finance and Consumption Survey) ist die Schieflage bei Vermögen in Österreich zu groß. Eine Vermögensteuer würde einen Ausgleich schaffen.



Tatsache ist: Das Steuersystem in Österreich ist schon heute ausgesprochen progressiv gestaltet und wirkt massiv umverteilend: Fast 70 Prozent des Einkommensteueraufkommens wird schon jetzt von den einkommensstärksten elf Prozent der Einkommensteuerbezieher geschultert, während die unteren 55 Prozent mehr aus dem Steuertopf erhalten, als sie einzahlen. Zudem gibt es bereits zahlreiche vermögensbezogene Steuern.

Die Fakten zeigen zudem:

- Die angeführte Studie eignet sich nicht dafür, eine Empfehlung für eine bestimmte Form der Besteuerung von Vermögen auszusprechen. Das bestätigen sogar die Studienautoren selbst. Grund ist etwa eine sehr ungenaue Datenlage.
- Vermögenssteuern treffen Unternehmen und Jobs: Als die Vermögensteuer in Österreich 1994 abgeschafft wurde, traf die Abgabe zu 80 bis 95 Prozent Betriebsvermögen und damit fast ausschließlich Unternehmen.
- Belastung für den Mittelstand: Um ein relevantes Volumen zu erreichen, wäre eine Besteuerung von Unternehmen und großen Teilen der Bevölkerung (Hausbesitzer, Pensionisten, Landwirten etc.) erforderlich. Spätestens mittelfristig wird die Vermögensteuer aufgrund der kalten Progression zu einer Mittelstandsteuer.
- 72 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher sind der Meinung, dass eine Vermögensteuer auf Privatbesitz breite Teile der Bevölkerung trifft und abzulehnen ist.

Die IV hat in einer Blitz-Kampagne auf ihren Social-Media-Kanälen modern und zielgruppengerecht informiert, warum zusätzliche Belastungen völlig kontraproduktiv wären.



Wie Jugendliche, Eltern und Lehrkräfte die Lehre sehen

Eine aktuelle Umfrage zeigt: Beim Einstieg in eine Lehre sind Jugendliche weiterhin mit zahlreichen Hürden konfrontiert. Und das liegt keinesfalls ausschließlich an Corona.

Der Lehre geht es gut. Schon vor Corona befand sie sich im Aufwärtstrend und auch der Rückschlag durch die Pandemie konnte mittlerweile mehr als aufgefangen werden. So heißt es oft. Doch stimmt das auch – angesichts der Lehrlingszahlen, die noch weit vom Vorkrisenniveau entfernt sind und den regelmäßigen Berichten aus Unternehmen von qualitativ und quantitativ nicht ausreichenden Bewerbungen? Die Industriellenvereinigung und die branchenübergreifende Initiative „zukunft.lehre.österreich.“ wollten es genau wissen. In ihrem Auftrag befragte das Marketinstitut im Jänner Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler der 8. und 9. Schulstufe an Mittelschulen und Gymnasien. Aus der Unternehmensperspektive reflektierten IV-Präsident Georg Knill, Werner Steinecker (Energie AG, z.l.ö.), Bernhard Reisner (Miba), Britta Schindler (A1) und Michael Strugl (Verbund) die Ergebnisse bei der Studienpräsentation im Februar.

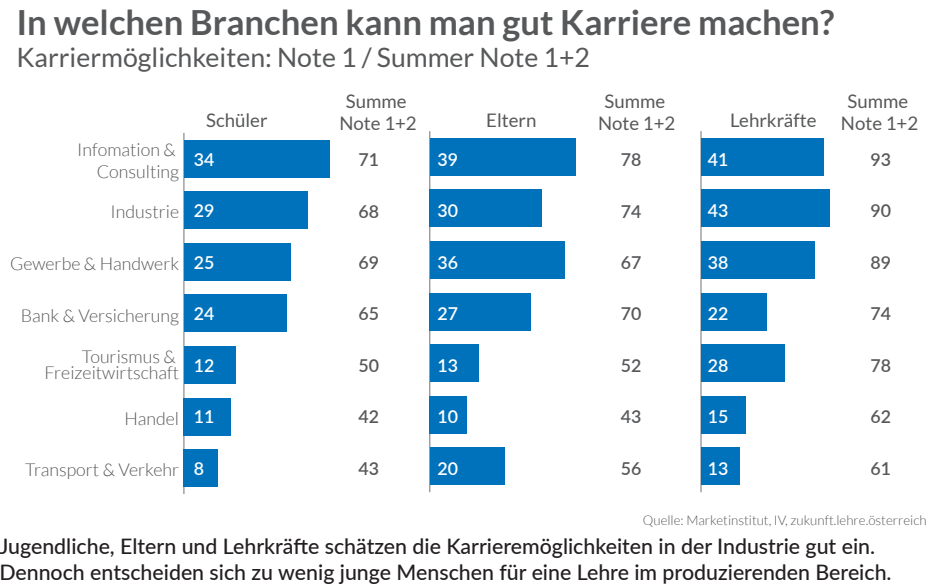
Jugendliche wünschen sich mehr Berufsorientierung
Die Ergebnisse zeigen deutlich, wie schwierig der Einstieg in eine Lehre von allen Befragten

wahrgenommen wird: Die jungen Menschen blicken zwar grundsätzlich eher optimistisch in die Zukunft, dennoch gibt etwa die Hälfte von ihnen Schwierigkeiten bei den richtungsweisenden Entscheidungen zu ihrer Zukunft an. Nur jede bzw. jeder zehnte Befragte der 13- bis 14-Jährigen bewertet die aktuelle Bildungs- und Berufsorientierung als gut, fast alle wünschen sich generell eine bessere Bildungs- und Berufsorientierung in der Schule. Ein Hemmschuh bleibt die COVID-19-Aufstiegs Klausel. Dadurch fehlen den Betrieben mittlerweile an die 10.000 Jugendliche in der Lehrausbildung. Für die Wirtschaft wird es immer schwieriger, genug geeignete Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Unternehmen und Jugendliche fanden zuletzt wegen unzähliger abgesagter Info-Veranstaltungen und Schnuppertage deutlicher schwerer zueinander. Digitale Lösungen konnten hier einiges, aber nicht alles kompensieren. Trotz alledem ist vor allem den Jugendlichen grundsätzlich bewusst, dass die Industrie eine der spannendsten Branchen für eine Lehre ist – mit ausgezeichneten Karrierechancen. Aber: Immer noch wird die Matura und damit

der Zugang zur Hochschule als Nonplusultra der Bildung betrachtet. Das belegt die nach wie vor mangelnde Bekanntheit von weiterführenden Berufsbildungsangeboten und alternativen Zugängen zu Hochschulen, wie etwa neuerdings der „Bachelor professional“, für dessen Teilnahme einschlägige Berufserfahrung erforderlich ist.

IV-Präsident Knill betonte die zentralen Empfehlungen der Industrie: eine deutlich umfassendere Berufsorientierung an Schulen insbesondere zu den Möglichkeiten und Angeboten der Industrie, keine mildere Aufstiegs Klausel in diesem Schuljahr sowie eine qualitätsvolle Einstiegsphase für alle angehenden Lehrlinge.



MINT-Mittelschulen starten ab nächstem Schuljahr

Aktuell bereitet das Bildungsministerium mit den „MINT-Mittelschulen“ einen neuen Schultyp in Österreich vor. Dabei werden zentrale Empfehlungen der Industrie umgesetzt.

Was bisher nur dem Musik- und Sportbereich offenstand, soll nun auch bei Naturwissenschaft & Technik möglich werden: Ein erweiterter Lehrplan und mehr Ressourcen. Zusätzlich zu den „regulären“ MINT-Stunden (u.a. Mathematik, Physik, Chemie, technisches & textiles Werken und digitale Grundbildung) soll ein neuer fächerübergreifender Gegenstand „MINT“ mit elf Wochenstunden in vier Jahren entstehen. Dieser soll eine Brücke zwischen den traditionellen MINT-Fächern bilden und projektorientiertes Arbeiten ermöglichen.

Die neue Schulform soll beginnend mit dem Schuljahr 2022/23 als Schulversuch an rund 50 Schulen umgesetzt werden, bevor sie flächendeckend ausgerollt wird. Mittelfristig soll damit auch das Problem der Schulsprengel aufgelöst werden. Schülerinnen und Schüler könnten dann über die Schulsprengelgrenzen hinweg eine MINT-Mittelschule besuchen. Die Industriellenvereinigung ist im „Sounding Board“ mit beratender Stimme vertreten. Wichtig ist, dass damit wesentliche Empfehlungen des IV-Programms „MINT2020“ umgesetzt werden. So ist es bereits gelungen, mehr Praxis- und Innovationsnähe im Lehrplan des neuen Faches „MINT“ zu verankern.

Die neuen MINT-Mittelschulen reihen sich in den Kanon jener Schulen ein, die schon heute einen thematischen MINT-Schwerpunkt führen. Sie bieten insbesondere „MINT-Gütesiegelschulen“ oder „MINT-Schwerpunktschulen“ die Chance auf ein „Upgrade“ und werden damit wichtige Zubringerfunktionen in Richtung HTL und technischer Berufsschulen übernehmen.



ÜBERBLICK: SCHULEN MIT MINT-FOKUS IN ÖSTERREICH

MINT-Gütesiegelschulen: Fokus auf begeisterndes Lernen und Lehren und die Unterrichtsqualität in MINT unabhängig vom Bildungsschwerpunkt: Initiative von IV, Bildungsministerium, Wissensfabrik und PH Wien für Bildungseinrichtungen vom Kindergarten bis zur Matura (www.mintschule.at)

MINT-Schwerpunktschulen: Schulautonomer MINT-Bildungsschwerpunkt an Mittelschulen oder Gymnasien, eingeschränkte Verschiebung von Ressourcen wie Schulstunden in Richtung MINT möglich

NEU: MINT-Mittelschulen als Sonderform: zusätzliche MINT-Ressourcen „On-Top“, neuer Unterrichtsgegenstand MINT (+11 Wochenstunden), Schulsprengel gelten für „Schulen in Sonderform“ im Regelbetrieb nicht mehr

Schulen mit fokussierten MINT-Ausbildungen: Technische Berufsschulen, HTL, Höhere Land- und forstwirtschaftliche Schulen

IV-UPDATE

Neue Stiftung soll mehr Frauen in die Technik bringen

Nur ein Viertel aller hoch qualifizierten Wissenschafts- und Technikjobs sind in Österreich durch Frauen besetzt. Dabei bietet gerade der MINT-Bereich (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik) sinnstiftende Tätigkeiten, ausgezeichnete Bezahlung und spannende Karriereperspektiven. Und genau hier setzt die neu gegründete Stiftung „MINTality“ an. Sie will Lösungen aufzeigen, um Frauen spannende Karrieren in technischen Berufen zu ermöglichen und finanziell unabhängiger zu machen, Teams diverser zu gestalten und den Fachkräftemangel zu bekämpfen.

chen sollen vernetzt und skaliert werden; Maßnahmen für die innovative PädagogInnen-Fortbildung bei der MINT-Wissensvermittlung und Gendersensibilisierung sollen entwickelt werden; konkrete Projekte sollen dazu beitragen, Rollenbilder und Stereotypen aufzubrechen; das digitale Lernspiel „Robitopia“ aus Oberösterreich soll bundesweit ausgerollt werden; zudem soll ein Begleitprozess für Mädchen aufgesetzt werden, um sie auf ihrem technischen Ausbildungs- und Berufsweg zu unterstützen.

Für Niss ist klar: „Die Initiative kommt aus der Wirtschaft und ist für die Wirtschaft.“ Gründungsmitglieder der Stiftung sind Fronius, Miba AG, KNAPP AG, Magna International Europe Group, Oberbank, Greiner, TGW Logistics Group, Umdasch Group Foundation, A1 Telekom Austria AG, Industriellenvereinigung, Wirtschaftskammer Österreich und die Innovationsstiftung für Bildung.

V.l.n.r.: IV-Präsident Georg Knill, Initiatorin und Stiftungssprecherin Therese Niss (Mitterbauer Beteiligungs-AG), Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß (Fronius International GmbH), Jakob Calice (Innovationsstiftung für Bildung) präsentierten die neue MINTality-Stiftung.

Österreich braucht Kapitalmarkt-Booster

Für Altersvorsorge und Green Investments soll es gezielte Anreize geben, zeigt die neue Kapitalmarkt-Umfrage von Aktienforum und Industriellenvereinigung. Mehr Wirtschaftsbildung ist für den heimischen Kapitalmarkt zukunftsentscheidend.

„Die Bevölkerung ist weiter als die Politik“: Das ist für IV-Präsident Georg Knill die zentrale Erkenntnis aus der neuen Kapitalmarkt-Umfrage von Industriellenvereinigung und Aktienforum. Die von Meinungsforscher Peter Hajek (siehe Interview) durchgeführte Studie macht deutlich, dass sich Umgang und Wissen zum Thema Kapitalmarkt auch durch die Corona-Krise deutlich geändert haben – und Industrie und Bevölkerung bei Anreizen an einem Strang ziehen.

Interesse hoch, Wirtschafts- und Finanzbildung gefragt

Wichtigstes Ergebnis der Studie: Das Interesse der Österreicherinnen und Österreicher für Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder Wertpapiere ist seit 2016 signifikant gestiegen. 29 Prozent der Menschen, die bisher keine dieser Geldanlagen besitzen, interessieren sich nun für einen Kauf. Zum Vergleich: 2016 waren es nur 7 Prozent. Bei jungen Menschen unter 30 Jahren haben sogar zwei von drei ein prinzipielles Interesse an diesen Anlageformen, berichtet Meinungsforscher Peter Hajek ein auffälliges Studienergebnis. Knill: „Die Industrie steht hier an der Seite der jungen Menschen, deren Interesse für die Chancen und Risiken des Kapitalmarkts überdurchschnittlich hoch ist.“ Das eigene Wissen über den Kapitalmarkt wird zwar als gering eingeschätzt, aber es steigt. Ein Viertel (24%) der Befragten kennt sich aktuell gut oder eher gut mit Veranlagungen an der Börse aus, 2017 war das nur jeder Fünfte (21%). Die Menschen wünschen sich jedenfalls mehr Wissen über den Kapitalmarkt: 74 Prozent fordern daher, dass dafür

bei der Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schul-
lehrplänen angesetzt werden soll.

Österreicher wollen steuerliche Anreize

Die Altersvorsorge ist für die Österreicherinnen und Österreicher ein wichtiges Thema – dem sie allerdings mit realistischen Erwartungen begegnen: Drei von fünf Befragten (59%) befürchten, dass sie mit einer staatlichen Pension nicht gut auskommen werden. Nur jeder

braucht mehr Anreize für die Vorsorge. Drei von vier der Befragten (76%) fordern daher steuerliche Anreize auf Veranlagungen zur privaten Pensionsvorsorge. Ebenso stehen drei von vier Befragten (74%) einer steuerlichen Begünstigung klimafreundlicher Investitionen positiv gegenüber.

Behaltefrist bei der KEST wieder einführen

Für IV-Präsident Georg Knill sind die Umfrageergebnisse klarer Beleg dafür, dass die geplante Wiedereinführung der Behaltefrist bei der KEST auch rasch und ohne ideologische Vorurteile umgesetzt werden muss. „Das würde gerade alle jene Menschen unterstützen, die bereit sind, langfristig auch in ihre Altersvorsorge zu investieren“, so Knill. Der internationale Vergleich (siehe Kasten) zeigt zudem, dass Österreich bei diesem Thema erheblichen Handlungsbedarf hat: „Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten. Innerhalb dieser Ländergruppe haben wir obendrein noch den dritthöchsten Steuersatz. Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter“, so Robert Ottel, Präsident des Aktienforums.

Klimaschutz-Begünstigung für Menschen, Klima und Standort

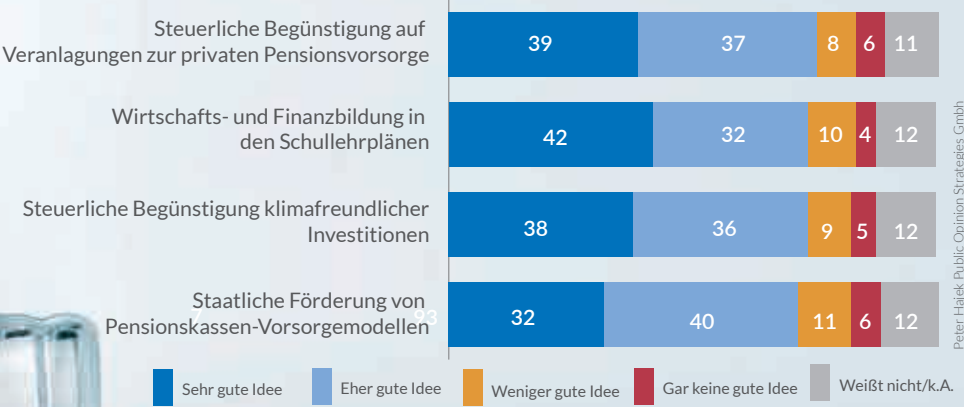
Ein weiterer Kapitalmarkt-Booster wartet beim Thema Klimaschutz. Steuerliche Anreize müssten auch jedem Klimaschützer ein Herzensanliegen sein, so IV-Präsident

„Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial.“

Georg Knill
IV-Präsident

dritte Unter-30-Jährige gibt an, privat für die Pension bereits vorgesorgt zu haben. Bei den 30- bis 50-Jährigen tut dies mehr als jeder Zweite (54%). Klar ist: Es

Ideen, um Österreicher zu motivieren, mehr an der Börse zu investieren
Werden die nachstehenden Vorschläge für eine sehr, eher, weniger oder gar keine gute Idee gehalten?



Eine deutliche Mehrheit hält steuerliche Anreize sowie mehr Information und Aufklärung über die Chancen und Risiken am Finanzmarkt für notwendig und richtig.





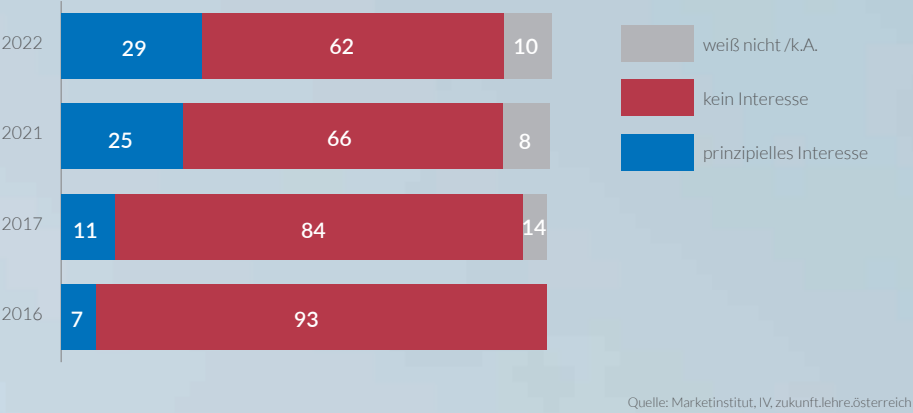
Knill: „Klimaschutz braucht Eigenkapital. Wir reden hier von Investitionen in Billionenhöhe. Das kann der öffentliche Sektor nicht allein stemmen“. Eine Begünstigung für Investments in innovative Unternehmen, die Klimalösungen entwickeln oder die Energiewende mit erneuerbaren Energien vorantreiben, wäre eine Win-Win-Win-Situation für Menschen, Klima und Standort. Die Regierung könnte durch eine KEST-Befreiung bei ökologischen Investitionen ein klimapolitisches Ausrufezeichen setzen, was sich grundsätzlich auch im Regierungsprogramm wiederfindet. „Richtig umgesetzt kann Green Finance ein wichtiger Baustein sein“, unterstreicht auch Ottel, der eine EU-weite praktikable Lösung fordert.

„Was Unterstützung für den privaten Vermögensaufbau betrifft, sind hier andere Staaten deutlich weiter.“

Robert Ottel
Präsident Aktienforum

Interesse an Anlageformen ist gestiegen

Wären sie derzeit prinzipiell am Kauf von Aktien, Anleihen, Investmentfonds oder sonstigen Wertpapieren interessiert?



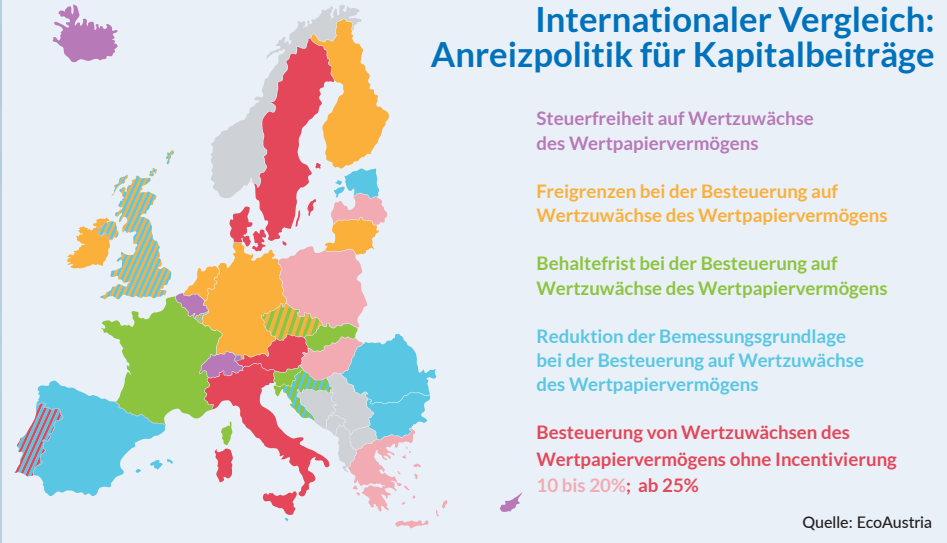
Immer mehr Österreicherinnen und Österreicher wollen und suchen Alternativen für ihren privaten Vermögensaufbau und ihr Ansparverhalten. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation muss das ein Weckruf für die Politik sein.

Finanzbildung für alle

Neben diesen bereits kurz- und mittelfristig wirksamen Maßnahmen plädieren Industrie und Aktienforum für breite Wissensvermittlung in Sachen Finanz- und Wirtschaftsbildung. IV-Präsident Georg Knill: „Die Finanzstrategie des Finanzministeriums ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Jetzt geht es um die konkrete Umsetzung, und zwar für alle Altersgruppen, von Jugendlichen bis zu den Erwachsenen. Dabei müssen Lehrmaterialien überarbeitet und mit finanzrelevanten Inhalten angereichert werden.“ Notwendig ist aus Sicht von IV und Aktienforum, Wirtschafts- und Finanzbildung in den Schullehrplänen bereits ab der Unterstufe oder Mittelschule stärker zu verankern. Außerdem

soll beim nächsten PISA-Test auch das OECD-Financial-Literacy-Tool abgefragt werden. IV-Präsident Knill: „So sehen wir laufend: Wo steht Österreich aktuell – und wo sollte es in Zukunft stehen, wenn es darum geht, die Möglichkeiten eines modernen, attraktiven Kapitalmarktes optimal zu nutzen?“ Für Knill ist angesichts der Studienergebnisse klar: „Das Interesse der Menschen an Aktien, Anleihen und Investmentfonds steigt stark. Sie bei der Umsetzung durch Anreize nicht zu unterstützen, wäre unsozial – gerade in Zeiten niedriger Zinsen und hoher Inflation. Umso wichtiger ist, dass wir als Industrie auf Seite all derer sind, die die Chancen des Kapitalmarkts nutzen möchten.“

Internationaler Vergleich: Anreizpolitik für Kapitalbeiträge



Mit der Besteuerung von Veräußerungsgewinnen bei Wertpapieren ohne Freigrenzen oder Reduktionen der Bemessungsgrundlage zählt Österreich zu einer Minderheit von Staaten.

„DIE MENSCHEN SEHEN DIE DINGE REALISTISCH“

Meinungsforscher Peter Hajek über die Einschätzungen der Bevölkerung zu Finanz- und Zukunftsfragen.

INTERVIEW



ZUR PERSON:

Peter Hajek ist Geschäftsführer und Eigentümer des Markt- und Meinungsforschungsinstituts Peter Hajek Public Opinion Strategies. Der Politikwissenschaftler beschäftigt sich seit 25 Jahren mit empirischer Sozialforschung.

Die aktuelle Umfrage zeigt, dass das Interesse an Aktien und Anleihen deutlich zugenommen hat. Wie interpretieren Sie diesen Anstieg?

Es tut sich etwas auf den Märkten. Bei jenen, die bisher noch nicht veranlagt sind, sehen wir nicht nur einen signifikanten, sondern einen exorbitanten Anstieg. Die Corona-Pandemie hat natürlich auch Einfluss auf das Anlageverhalten der Menschen: Rund 30 Prozent sagen, dass sich ihr Anlage- und Sparverhalten verändert hat. Es sind vor allem Menschen, die bereits in Aktien oder Wertpapiere investieren und über gutes Börsenwissen verfügen – und unter 30-Jährige.

Jüngere sind deutlich finanzaffiner als Ältere?

Auf jeden Fall. Wir beobachten einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.

Was die Frage der Anreize für Kapitalmarkt-Investitionen betrifft, ist die

inhaltliche Übereinstimmung von Industrie, Aktienforum und Bevölkerung auffallend hoch...

...ja, es gibt breite Zustimmung zu den diversen Ideen, wie man die Investitionsbereitschaft erhöhen könnte. Das wäre also politisch sicheres Terrain für den Gesetzgeber, hier Verbesserungen umzusetzen. Die Bevölkerung ist jedenfalls nicht gegenteiliger Ansicht, sondern die Menschen sehen die Dinge sehr realistisch: Die durchaus hart gestellte Frage, dass eine Besteuerung von Gewinnen aus Wertpapieren, die der Pensionsvorsorge dienen, nichts anderes als versteckter Pensionsraub sei, erhält von der Mehrheit Zustimmung.

Kann man also sagen, dass trotz mangelnden – und eingestandenen – Kapitalmarktwissens der ökonomische Hausverstand in der Bevölkerung gut ausgeprägt ist?

Die Österreicherinnen und Österreicher schätzen die Lage sehr gut ein. Sie

„Wir beobachten hier einen echten Generationengap: Bei Jüngeren ist das Interesse an der Börse signifikant größer.“

wissen, dass man mit den traditionellen Veranlagungen derzeit Verluste macht, aber Wertsicherung oder -steigerung mit Wertpapieren möglich ist. Gleichzeitig empfinden sie sich nicht ausreichend auf die neuen Märkte vorbereitet. Das hindert Menschen daran, ihr sauerverdientes Geld gewinnbringend anzulegen.

Hehres Ziel rechtfertigt nicht realitätsferne Ausgestaltung

Warum der Vorschlag für das EU-Lieferkettengesetz nicht praxistauglich ist und weshalb sich die Politik nicht aus der Verantwortung stehlen darf.

Ein simpler Schokoriegel hat bis zu 30 Zutaten, die wiederum aus zahlreichen Herkunftsländern eingekauft werden. Für einen Großteil der Unternehmen ist es fast unmöglich, zu wissen, welcher Lieferant in der 5. oder 7. Ebene gegen Standards verstößt. Allein dieses Beispiel verdeutlicht, wie wenig praktikabel der im Februar vorgelegte Vorschlag für die EU-Lieferketten-Richtlinie ist. Dieser will Betriebe künftig verpflichten bzw. in Haftung nehmen, ihre gesamte Wertschöpfungskette auf etwaige umweltschädigende oder gegen die Menschenrechte verstoßende Produktionsverfahren zurückzuverfolgen.

Unlösbare Aufgabe für kleine und mittlere Unternehmen

Wer wird davon betroffen sein? In der ersten Phase soll es um Kapitalgesellschaften ab



500 Mitarbeitern und 150 Millionen Euro Jahresumsatz gehen. Zwei Jahre später zielt das Gesetz auf Unternehmen ab, die in bestimmten Branchen mit einem Jahresumsatz ab 40 Millionen Euro tätig sind (u.a. Textil, Land- und Forstwirtschaft, Holz, Nahrungsmittel, Bodenschätze, Metall, Mineralien, Chemie). Die Regeln sollen auch für Nicht-EU-Unternehmen gelten. Und zwar für jene, die in der EU tätig sind und deren jährliche in der EU erwirtschaftete Umsatzschwelle

40 Mio. Euro überschreitet. KMU werden durch Überwälzung der Informationspflichten ebenfalls erreicht. Die Unternehmensleitung soll verpflichtet werden, Sorgfaltpflichten einzurichten, zu überwachen und in die Unternehmensstrategie zu integrieren. Weiters sind eine zivilrechtliche Haftung des Unternehmens (beschränkt auf die erste Lieferkettenebene Tier 1) und Sanktionsmaßnahmen vorgesehen.

Wie bewertet die Industrie den Vorschlag? Das grundlegende Ziel des Lieferkettengesetzes wird befürwortet, eine überschießende Richtlinie aber abgelehnt. Es ist unrealistisch, kleinere und mittlere Unternehmen dazu zu verpflichten, sicherzustellen, dass ein Lieferant in der 5. oder 7. Lieferkettenebene Standards einhält. Für viele Betriebe wäre das eine

unlösbare Aufgabe. Mehr als fraglich ist, ob Unternehmen überhaupt die Marktmacht haben, die von der EU-Kommission angestrebten neuen Verhaltenskodizes in allen Drittstaaten durchzusetzen. Generell liegt es in der Verantwortung der Staaten, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu garantieren. Verletzungen dieser höchsten Rechte zu vermeiden und zu sanktionieren, kann nicht einfach auf Unternehmen überwälzt werden. Die Politik darf sich hier nicht aus der Verantwortung stehlen. Wie geht es weiter? Eine politische Einigung auf EU-Ebene gilt bis Jahresmitte 2023 als möglich. Danach haben die EU-Länder zwei Jahre Zeit, um die Richtlinie in innerstaatliches Recht umzusetzen. Die Industrie setzt sich für ein anwendbares und praktikables Gesetz ein, das wichtige Standards wirksam stärkt.

AKTUELLES IN KÜRZE

Quantum Austria will Technologie-souveränität stärken

Das Programm Quantum Austria wird aus Mitteln des Aufbau- und Resilienzplans (2022-2026) der Europäischen Union finanziert. Mit insgesamt 107 Mio. Euro werden exzellente, transformative und innovative Forschung und Entwicklung im Bereich Quantentechnologien inklusive Quantencomputing sowie Next Generation High Performance Computing gefördert. Ziel ist es, Österreich in der EU und weltweit weiterhin wettbewerbsfähig zu positionieren sowie Quantentechnologie erfolgreich für innovative Produkte und Dienstleistungen zu nutzen.

Alle Informationen zum Programm Quantum Austria, den aktuellen Ausschreibungen von Forschungsförderungsgesellschaft (FFG) und Wissenschaftsfonds (FWF) sowie Ansprechpartner finden Sie unter <https://www.ffg.at/quantum-austria>. Um die Positionierung Österreichs als Deep-Tech Standort zu forcieren, organisiert die Industriellenvereinigung (IV) eine Veranstaltung am 23. März 2022 (17 bis 19 Uhr), auf der die zukünftigen Anwendungsfelder für Quantentechnologien in der Industrie sowie Maßnahmen, die bereits heute gesetzt werden können, diskutiert werden.



Aviso: 5. Kongress christlicher Führungskräfte, 27. – 29. April 2022

Seit Anfang 2020 erleben wir die wohl größte gesellschaftliche und wirtschaftliche Herausforderung der letzten Jahrzehnte. Verunsicherung und Erschöpfung sind auch in Unternehmen weit verbreitet. Drängend wird dabei bewusst, wie bedeutend die Kraft positiver Zukunftsbilder ist und wie notwendig Personen sind, die hoffnungsvoll Schritte setzen, um diese zu verwirklichen. Zuversicht gehört zum Pro-

fil von Führungskräften. Die eigene Zuversicht zu pflegen und zu erhalten und andere damit zu inspirieren, ist eine zentrale Führungsaufgabe.

Der diesjährige Kongress christlicher Führungskräfte im Stift Göttweig steht unter dem Motto: „Die Kraft der Zuversicht. Führen in volatilen Zeiten.“ Nähere Informationen und Programm unter: www.wertevollfuehren.at

Masterplan Rohstoffe 2030 – Eine Rohstoffstrategie für Österreich

Als Reaktion auf die aktuellen Herausforderungen der Rohstoffbranche veröffentlichte das Bergbauministerium (BMLRT) gemeinsam mit IV-Präsident Georg Knill den Masterplan Rohstoffe 2030.

Roh- und Grundstoffe sind die Basis von Produktion und Wertschöpfung der Industrie. Gerne werden sie als Sündenbock für Umweltverschmutzung, Ausbeutung oder Konflikte herangezogen. Fehlen sie allerdings, kommt es zum Erliegen von Produktion und unseres gesamten Alltags. Aber nicht nur das, auch unsere Planungen für die Zukunft und die von der Politik eingeläutete Wende stehen damit auf dem Spiel.

„Durch die Umstellung der Energieerzeugung, der Mobilität sowie die Dekarbonisierung, wird der Bedarf beispielsweise an Seltenen Erden, Nichteisenmetallen oder auch Industriemineralen massiv steigen. Die Verfügbarkeit von Rohstoffen bringt globale Herausforderungen mit sich, ohne die das Erreichen der Klimaziele unmöglich wird“, meint dazu Bundesministerin

Elisabeth Köstinger. Das aktuelle Beispiel Magnesium, das zu 90 Prozent aus China importiert wird, zeigt die Notwendigkeit deutlich auf, welches das entscheidende Legierungselement für Aluminium und damit ein wesentliches Bauelement für den Leichtbau von Fahrzeugen ist.

Die Forcierung von Rohstoffabbau und Recycling in Europa und Österreich ist daher ein wesentlicher Faktor, um ein unabhängiges, krisenresistenteres, aber auch nachhaltigeres Ökosystem zu schaffen. Deshalb hat das Bergbauministerium den Masterplan Rohstoffe 2030 vorgestellt, der Lösungsvorschläge liefert, um auf die Herausforderungen der gegenwärtigen Dekade reagieren zu können. „Unser Ziel ist es, die verantwortungsvolle und sichere Versorgung Österreichs mit primären und sekundären mineralischen Rohstoffen gewährleis-

ten zu können“, unterstreicht der zuständige Sektionschef Andreas Reichhardt.

Es wurden Maßnahmen zur Stärkung des heimischen Wirtschafts- und Industriestandorts entwickelt, die zu einem ökosozialen Mehrwert beitragen sollen. Neben der heimischen Ressourcenbasis und der Gewährleistung einer gesicherten internationalen Rohstoffbeschaffung finden auch Innovation, Ausbau der Kreislaufwirtschaft sowie die Themen wie Akzeptanz, Bildung und Dialog besondere Berücksichtigung. „In einer zunehmend herausfordernderen Situation, wo Green Transition, Energieversorgung und geopolitische Abhängigkeiten in Einklang gebracht werden müssen, bietet sich die Sektion IV Bergbau des BMLRT als verlässlicher Partner für die Industrie an, um gemeinsam Lösungen für die Herausforderungen zu gestalten“, sagt Reichhardt.



Bundesministerin Elisabeth Köstinger und IV-Präsident Knill bei der Präsentation des Masterplan Rohstoffe 2030

WEBTIPP

Alle Infos zum Masterplan Rohstoffe 2030 finden Sie unter: bmlrt.gv.at/masterplan-rohstoffe

BLICK VON AUSSEN

Fixing the Basics: Von Breitband über Regulatorik bis zum Investitionsklima

Ohne Schaffung bzw. Ausbau unterstützender Rahmenbedingungen in den Bereichen technischer Infrastruktur, Organisation und Verwaltung ist das Ziel eines digitalen zukunftsfiten Österreichs nicht zu erreichen.

Die Anforderungen an Zugang und Verfügbarkeit von Internet in allen Regionen haben sich vervielfacht und die Grenzen der Infrastruktur verdeutlicht. Österreich liegt beim Zugang zu digitaler Infrastruktur lediglich im EU-Mittelfeld. Neben den Grundpfeilern Breitbandzugang und -verfügbarkeit stellen eingeschränkte e-Skills und e-Knowledge eine wachsende Hürde für die digitale Wettbewerbsfähigkeit dar.

Die Entwicklungsgeschwindigkeit im European Innovation Scoreboard relativ zur EU ist seit 2017 rückläufig. Österreich

behauptet sich dennoch im vorderen Mittelfeld der „Strong Innovators“. Will man wieder zur Spitze der „Innovation Leaders“ gehören, braucht es gerade in den aufgezeigten Bereichen verstärkte Maßnahmen.

Was fordert die gruppe1031 und was kann Österreich konkret in drei Jahren umsetzen?

1. Die klare Priorisierung und Beschleunigung des Ausbaus bestehender Infrastruktur sowie einer Bereitstellung notwendiger Mittel sind essenziell. Die erhöhte Leistungsfähigkeit und die Verfügbarkeit digitaler Infrastruktur in allen

GRUPPE 1031
Netzwerk junger Unternehmer und Führungskräfte



Zeit abgelaufen

Europa mag wirtschaftlich Gewicht haben, „soft power“ alleine reicht aber nicht. Es sollte sich rasch etwas ändern.

Darüber, dass die EU sich auch um eine gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik bemühen sollte, wurde seit Jahren viel diskutiert. Dass Europa zunehmend auf eigenen Beinen stehen müsse, ist zudem seit der stärkeren Orientierung Richtung Pazifik unter US-Präsident Obama immer offensichtlicher geworden. Passiert ist aber de facto nichts, vielleicht ein paar symbolische Maßnahmen, aber das war's schon. Nun wurde Europa deutlich gezeigt, dass die Zeit für muntere Diskussionen abgelaufen ist.

So kann Europa nur Haltung zeigen. Dankenswerterweise hat auch Bundeskanzler Karl Nehammer darauf hingewiesen, dass Österreich militärisch neutral sein mag, aber dass man derart eklatante Brüche des internationalen Rechts natürlich nicht hinnehmen kann. Dass wir klar mit der ganzen EU auf der Seite der Ukraine stehen. Gut, aber gelöst ist leider auch nichts.

So bitter die aktuelle Situation ist, werden wir hoffentlich zumindest die richtigen Lehren daraus ziehen. „Soft power“ alleine reicht nicht, wenn sich andere in der Welt nicht an die internationalen Spielregeln halten. Europa muss jetzt nicht nur rasch auf eigenen Beinen stehen, sondern laufen lernen.

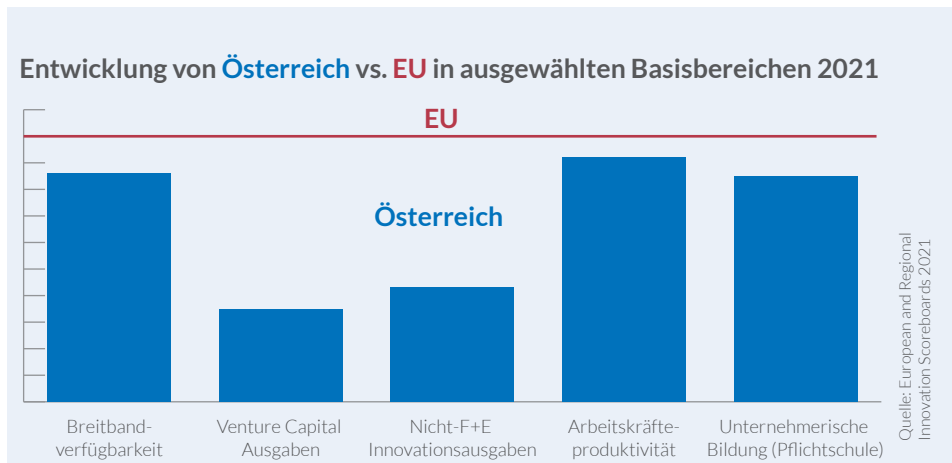
So müssen wir auch dringend schneller daran arbeiten, uns nicht von einem Land durch unsere Abhängigkeit von Energieimporten erpressbar zu machen – auch das ist lange bekannt, noch länger in Diskussion. Passiert ist aber zu wenig.

Last but not least sollten uns die aktuellen Geschehnisse deutlich machen, wie wertvoll eine echte Demokratie ist – bei allem Ärger über manchmal schwierige Konsensfindung oder langsames Regierungshandeln. In einer Demokratie wäre es ungleich schwieriger, dass ein Mann mit einem, sagen wir mal, originellen Blick auf die Weltgeschichte die gesamte Nachkriegsordnung in Europa kippen kann.

Viele haben die aktuelle Lage damit kommentiert, dass wir an einer Zeitenwende stünden, Europa und die Welt würden nach dieser Tragödie nicht mehr dieselben sein. Man kann nur hoffen, dass dies auch auf das gemeinsame Europa und seine internationale Handlungsfähigkeit zutrifft.

Herzlichst Euer

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



WEBTIPP

Weitere Details zu den Forderungen finden Sie auf www.gruppe1031.at

Blick hinter die Kulissen der Unternehmensbewertung

Unter dem Motto „Rating Backstage“ lud die Junge Industrie NÖ/Bgld zu einem Webinar in Kooperation mit dem KSV1870.

Wie entsteht ein Rating? Welche Daten fließen dabei ein? Welche Auswirkungen hat die Pandemie auf die Bonitätsbewertung? Unter der Moderation der JI NÖ/Bgld-Co-Vorsitzenden Christina Glocknitzer ist die Junge Industrie im Februar diesen Fragen nachgegangen. KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral gab zu nächst einen Überblick über die Situation der insgesamt 30.000 KSV1870-Mitglieder: „Für das Jahr 2022 gehen wir nicht von einer Zunahme der Insolvenzen aus, es kommt eher zu einer Glättung der Statistik.“ Etwa die Hälfte der Betriebe hätte Coronahilfen beansprucht, was aber nicht zu einer Verschlechterung der Bewertung führe, wie KSV1870-Prokurist Günther Fasching erklärte: „Im Gegenteil,

wenn ein Unternehmen vorsichtig agiert, ist das gut.“

Für viele JI-Mitglieder war überraschend, wie viele Daten in eine Unternehmensbewertung einfließen: Die Bandbreite reicht unter anderem von Selbstauskünften, Bankauskünften, Zahlungserfassungen und Bilanzen bis hin zu Insolvenzen. Rund 100 Beschäftigte des KSV1870 pflegen täglich Informationen in die Datenbanken ein. „Medienberichte haben keinen direkten Einfluss auf ein Rating, lösen aber häufig Recherchen aus“, so Fasching. Insgesamt habe die Auskunftsbereitschaft der Unternehmen seit der Pandemie zugenommen. Auch die Bewertung von Cyberrisiken spiele eine immer

größere Rolle. Abschließend erhielten die JI-Mitglieder noch Tipps, wie sie ihr eigenes Unternehmensrating verbessern könnten – etwa durch das Einhalten von Zahlungsfristen, Selbstauskünfte oder das Einholen von Bonitätsauskünften ihrer Geschäftspartner.



KSV1870-CEO Ricardo-José Vybiral rechnet für 2022 nicht mit einer Zunahme an Insolvenzen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer, Organmitglieder und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Robert Albrecht, Stefan Tilsner, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte.

Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafikdesign: des21 | Matthias Penz

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock

Aus Gründen der leichten Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet.

Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Der Lakesidepark, Klagenfurts innovatives Aushängeschild

Landeshauptstadt braucht Positionierung

Klagenfurter IV-Mitgliedsunternehmen sind im konstruktiven Austausch mit den beiden Stadträten Max Habenicht (Wirtschaft) und Corinna Smrecnik (Stadtentwicklung, Verkehr) – eine Diskussion über fehlende Perspektiven, Leuchtturmprojekte und die bedrohliche demografische Entwicklung.

IV-Kärnten-Geschäftsführerin Claudia Mischensky wies schon in ihrer Einleitung darauf hin, dass Klagenfurt beim Wachstum der Bevölkerung und im Produktionssektor Aufholbedarf habe. Die Landeshauptstadt habe jedoch eine Gesamtverantwortung für den Zentralraum wahrzunehmen.

Es war ein bunter Strauß von Themen, die die IV-Mitglieder an die beiden Politiker herantrugen. Grundtenor war das Fehlen von Leuchtturmprojekten und Perspektiven für junge Menschen sowie qualifizierter Zuzug. Den benötigen die Unternehmen dringend, um den Betrieb aufrechterhalten und volkswirtschaftlich gesehen Wohlstandseinbußen verhindern zu können. Dieter Wagner von Kraus Betriebsausstattung und Fördertechnik wünscht sich etwa einen Schulterschluss von Politik und Sozialpartnern, um geplanten und qualifizierten Zuzug zu ermöglichen. Er nennt Beispiele aus Tschechien, wo ansiedlungswilligen Fachkräften und Drittstaatsangehörigen von der Wohnung über den Sprachkurs bis zum Kindergartenplatz für den Nachwuchs alles angeboten werde.

Mehr bezahlte Urlaubstage?

Michael Velmeden von cms electronics wünscht sich eine klare wirtschaftspolitische Positionierung, das Schließen von Wertschöpfungsketten zwischen Lakesi-

depark und Hochschulstandort. Gänzlich unverständlich ist ihm, wie man im Stadtmagistrat trotz angeblicher Budgetprobleme über zwei zusätzliche bezahlte Urlaubstage und die Mittagspause diskutieren könne. Eine derartige Maßnahme würde in seinem Unternehmen einer Lohnerhöhung um 7,5 Prozent gleichkommen – was Stadtrat Max Habenicht später für Klagenfurt indirekt bestätigte.

Herta Stockbauer sieht die „Oase“, die sich die BKS Bank in Klagenfurt geschaffen habe, positiv. Sie spricht aber die „erschreckende Überalterung“ der Bevölkerung an, die niedrige Erwerbsquote und den Mangel an Leuchtturmprojekten. Es fehle die Attraktivität für junge Leute. Sie fordert die Stadtpolitik auf, größer zu denken. Mit Dieter Sturm von Philips ist sie sich einig, dass es mehr junge Talente brauche. Vor allem die Verfügbarkeit von IT-Fachkräften, die Philips für Digitalisierung und App-Entwicklung zu neuen Geräten benötige, seien standortentscheidend. So positiv Sturm die Möglichkeiten mit FH und Lakesidepark sehe, er wünsche sich da mehr Kooperation auch mit anderen Betrieben in Form einer gemeinsamen Plattform, damit nicht jeder sein eigenes Labor unterhalten müsse.

Junge Menschen gewinnen

Auch für René Eres von A1 ist die Mitarbeitersuche das größte Problem. In Kärnten

beschäftigt man 400 Mitarbeiter. Hier befindet sich das Kompetenzzentrum Security. Eres verortet die große Lücke in der Alterspyramide bei jungen Menschen zwischen 18 und 30 Jahren. Da verlassen viele das Land und kommen nur zum Teil mit Familie wieder.

Alp Dalkilic von der Austrian Anadi Bank sieht auch in der Gewinnung von jungen Menschen für Kärnten die größte Herausforderung. Klagenfurt müsse sich entscheiden, wofür es stehen wolle und die Urbanität ausbauen. Für Ferdinand Bucher ist der Schlüssel zu mehr jungen Talenten die Exzellenz im Bildungsangebot. Man müsse nicht alles anbieten, aber was man anbiete, müsse Weltspitze sein. Auch Ulrike Hochsteiner von Ernst & Young bemängelt das unklare Leitbild Klagenfurts und die fehlenden Leuchtturmprojekte. Graz und Linz kommen hier immer wieder als Vorbilder, sowohl was die Leuchttürme anbelangt als auch die Fokussierung. Sie spricht die schwierige Budgetsituation an und rät zur Verwaltungs- und Haushaltsreform.

Infrastrukturprobleme

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Statements der IV-Mitglieder die unbefriedigende Infrastruktur (Flughafen, schlechte Anbindungen im Öffentlichen Verkehr, Anbindung der Industriezone im Süden Klagenfurts mit Südring und Ostspange und die Lücken in der Breitband-

versorgung, die gerade im pandemiebedingten Homeoffice offenbar wurden).

Offen bekannten die beiden Stadträte, dass sie beim Stadtentwicklungskonzept erst am Anfang stünden und den Input der IV-Mitglieder daher sehr schätzen würden. Da müsse die Mobilität stärker mitgedacht werden. Bei den zu entwickelnden Gewerbeflächen werde man sich auf den Raum entlang der geplanten Ostspange konzentrieren. Smrecnik und Habenicht unterstrichen, dass junge Talente schwer zu bekommen seien, dass man aber mit der lebenswerten Landeshauptstadt und dem umfangreichen Sport- und Kulturangebot zu punkten hoffe.

Generationswechsel in Verwaltung

Flughafen, Messe – bei vielen Themen fehlt Klagenfurt schlicht die finanzielle Kraft, um selbst gestalten zu können, wurde beim Austausch klar. Entlastung könnte die Effizienzsteigerung in der Verwaltung bringen. Digitalisierung, Homepage, Neugestaltung der Prozesse – hier müsse man wohl auf den Generationswechsel im Stadtmagistrat warten, so die beiden Stadträte. In den nächsten Jahren werden hier – wie übrigens auch beim Land Kärnten – rund 50 Prozent der Mitarbeiter in Pension gehen. Claudia Mischensky kündigte jedenfalls Follow-up-Termine an, in denen man klären wolle, welchen Beitrag die IV zur Stadtentwicklung leisten könne.

Lehrlingsmesse: Industrie stark vertreten

Sowohl auf den virtuellen Info-Ständen als auch im live gestreamten Bühnenprogramm waren IV-Kärnten-Mitglieder bei der zweiten rein virtuellen Lehrlingsmesse im Februar sehr präsent.



Führungskräfte diskutieren über die Industrielehre.

Gleich zu Beginn der Messe zerstreute IV-Kärnten-Präsident Timo Springer in einer Diskussionsrunde von Firmenchefs eventuelle Bedenken, was die Zukunftsfähigkeit der Lehrausbildung anbelangt. Ohne Handwerk werde die Wirtschaft nie funktionieren, meinte er und ortet jedenfalls in der Industrie eine Verschmelzung des Handwerks mit der digitalen Welt. Überall hält die Digitalisierung Einzug. Bei der

Kelag etwa in Form der App-Entwicklung und neuester Messtechnik für Smart Home, E-Mobility und Fotovoltaik, wie Vorstand Danny Güthlein ausführte. Bei Mahle über den topaktuellen 3D-Drucker, der natürlich in der Lehrwerkstätte steht, wie die Personalverantwortliche von Mahle-Filterysteme, Corinna Malej meinte. Martin Reiner von Flex in Althofen schwört auf die Ausbildungsqualität der aktuellen Lehrlingsausbildung in der

Industrie: 100 Prozent der Absolventen im technischen Bereich werden vom Unternehmen übernommen. Die Industrielehre sei damit eine Ausbildungsgarantie: Wenn man bedenke, wie viel über die fachliche Ausbildung hinaus auch in der Persönlichkeitsbildung geleistet werde, sei das negative Bild der Lehre längst nicht mehr richtig, meinten die Diskutanten unisono.

Berufsbilder vorgestellt

Ähnlich sahen es übrigens die Lehrlingsverantwortlichen aus der Industrie in ihrer Diskussionsrunde am Ende der Messe. Dazwischen präsentierten Ausbilder und Lehrlinge verschiedenste Berufsbilder aus den Bereichen Metall, Chemie, Holz und Elektro. Trotz der deutlich professionelleren Umsetzung der digitalen Messe hoffen Betriebe genauso wie die Messeleitung (Kärntner Krone und Kärntner Messen) auf eine Durchführung in Präsenz im kommenden Jahr.



Kaninchen vor der Schlange?

Kärnten muss das Potenzial der eigenen Energieversorgung schneller aktivieren.

Die Rahmenbedingungen sind fordernd: Die Pandemie ist noch nicht vorbei, und mitten in Europa tobt ein Krieg, der nicht ohne Auswirkungen auf unsere Wirtschaft und Konjunktur bleiben wird. Was können wir tun? Gebannt wie das Kaninchen vor der Schlange verharren, wird uns nicht weiterbringen. Aber wir können weiter konsequent unsere Defizite kompensieren und unsere Stärken stärken. Die IV-Kärnten hat zum Neujahrsauftakt ihre „Roadmap am Weg zum 5-Sterne-Standort“ vorgelegt. Die jüngsten Ereignisse haben die Notwendigkeit einer raschen Umsetzung dieser Roadmap nur untermauert und so manche Maßnahme erst richtig ins Scheinwerferlicht gerückt. Die Pandemie hat uns deutlich gemacht, wie wichtig das Management der Lieferketten ist. Die Wertschöpfungsketten möglichst vor Ort zu verdichten und sich in mehrere Richtungen abzusichern, gilt inzwischen als Standard.

Der Ukrainekonflikt hat uns auch gezeigt, wie gefährlich Abhängigkeiten in der Energieversorgung sind. Kärnten, Österreich, ja ganz Europa ist mit russischen Erdgaslieferungen erpressbar. Je schneller wir darauf verzichten können, umso besser. Was heißt das für unser Bundesland? Eine Umfrage im vergangenen Sommer hat gezeigt, dass sich etwa die Kärntner Industrie höchst aktiv in die Klimastrategie einklinkt, also Energiesparpotenziale nutzt, auf klimafreundliche Energieversorgung umstellt und industrielle Abwärme zur Verfügung stellt. Allerdings sind viele Projekte von – vorsichtig gesprochen – langwierigen Verfahren behindert. Erst kürzlich musste ein nach vielen Jahren endlich genehmigtes Windparkprojekt wieder abgesagt werden, weil die eingereichte Technologie aus Altersgründen nicht mehr relevant war. Hier muss Kärnten dringend an Tempo und Qualität gewinnen, um den Wirtschaftsstandort insgesamt resilienter zu machen.

Ihr

Timo Springer,
Präsident der IV-Kärnten

FH als Partner bei Bildungsmaßnahmen

Angesichts des immer prekäreren Fachkräftemangels rücken Industrie und FH Kärnten enger zusammen.

Für die enormen Kompetenzherausforderungen einer sich immer rascher verändernden Wirtschaft richtig qualifizierte Mitarbeiter zu finden, gehört derzeit zu den größten Herausforderungen der Unternehmen. Wie an der hohen Zahl der offenen Stellen ablesbar ist, bietet der Arbeitsmarkt kaum Alternativen zur eigenen Ausbildung in Unternehmen. Die Zukunft wird angesichts von Kärntens problematischer demografischer Entwicklung kaum Entspannung bringen. Um passende Bildungsangebote der FH Kärnten auszuloten, bot die IV-Kärnten ihren Mitgliedern Ende Jänner eine Veranstaltung mit relevanten Vertretern der FH Kärnten an. Zunächst stellten Geschäftsführer Siegfried Spanz und Rektor Peter Granig die FH

und ihre Angebote vor. Anschließend präsentierten die Lehrenden Ursula Liebhart, Dietmar Sternad und Franz Riemelmoser Praxisbeispiele für Kooperationsprojekte mit der Wirtschaft: Inhouse-Führungslehrgänge für Kärntner Industriebetriebe, zielgruppenspezifische Angebote für überbetriebliche Kooperationen sowie den Lehrgang „New work transform“ und Forschungsprojekte. Danach wurden in interaktiven Breakout-Sessions die Ideen und Anforderungen der 18 Teilnehmer aus der Industrie mit den Möglichkeiten der FH Kärnten abgeglichen. Dabei ging es auch um das Ausloten des zukünftigen Entwicklungsbedarfs der Unternehmen und entsprechenden Bildungsangeboten im technischen Bereich.

Industrielandkarte Kärnten ist online

www.industrielandkarte-ktn.at – die neue dynamische Landkarte zeigt Kärntens Industriestandorte geordnet nach Bezirken und Branchen.

Direkt trage der produzierende Sektor 35 Prozent zur regionalen Wirtschaft bei, inklusive Dienstleistungen sogar 55 Prozent, betonen IV-Kärnten-Präsident Timo Springer und der Obmann der Sparte Industrie der WK Kärnten, Michael Velmeden. Kärnten hat damit einen höheren Industrieanteil als andere Bundesländer und der österreichische Schnitt. Um die Vielfalt und Stärke des Industriestandorts Kärnten deutlich zu machen, haben IV und Sparte Industrie bei der Firma Blickfunk eine neue „Industrielandkarte“ in Auftrag gegeben. Hier sind Betriebe ab 20 Beschäftigten nach Branche sowie Region (Bezirk) aufgelistet und genau verortet. Interessierte können sich dynamisch in die Karte zoomen.

Deutsch und Englisch

Viele der Unternehmen aus Industrie und Dienstleistungsumfeld sind mit ausführlichen Factsheets vertreten, die beschreiben, womit sie sich beschäftigen, wie viele Mitarbeiter sie haben und wie hoch ihre Exportquote ist. Fotos und Videos ergänzen die Beschreibungen in deutscher und englischer Sprache (daher auch unter der Domain www.industriemap.at erreichbar). „Die Industrielandkarte wird im Standortmarketing eine wichtige Rolle spielen“, sind Springer und Velmeden überzeugt: „Die jungen Talente,

AKTUELLES IN KÜRZE

Wechsel im Wirtschafts-politischen Beirat

Das aus 16 Mitgliedern bestehende Beratungsgremium der Kärntner Landesregierung bekommt einen neuen Vorsitzenden. Seit 2015 hatte der Chefökonom der IV auf Bundesebene, Christian Helmenstein, die Leitung, nun scheidet er aus Zeitgründen aus. Für ihn rückt der Unternehmer und derzeitige Vizepräsident der WK Kärnten, Otmar Petschnig, nach. Er gilt auch als aussichtsreicher Kandidat für den Vorsitz. Wirtschaftslandesrat Sebastian Schuschnig dazu: „Er würde die Position aufgrund seiner Kompetenz und Erfahrung ausgezeichnet erfüllen.“ Petschnig war mehrere Jahre Präsident der IV-Kärnten und Vizepräsident der IV-Bundesorganisation. Sein Unternehmen, die FP-Gruppe, gehört zu den innovativsten Dachdeckungsbetrieben in Österreich.



die Kärnten so dringend braucht, sehen sich alle zuerst im Netz an, ob ein Arbeits- und Lebensstandort für sie attraktiv ist oder nicht. Mit der Industrielandkarte erkennen sie auf einen Blick, wie viele spannende Möglichkeiten Kärnten bietet. Ansiedlungswillige Betriebe wiederum können ebenso schnell das Umfeld beurteilen.“

Kärntner Junge Industrie mit neuer Geschäftsführerin

Martina Petritz übernimmt das Netzwerk der Nachwuchsführungskräfte in der Industrie.

Anfang März übernahm die 26-jährige Klagenfurterin Martina Petritz, die bereits seit 2019 für die Industriellenvereinigung tätig ist, die Geschäftsführung der Landesorganisation der Jungen Industrie (JI) von Wolfgang Pucher, der diese Funktion seit 2014 ausübte. Edgar Jermendy, Vorsitzender der Jungen Industrie Kärnten, freut sich auf die Zusammenarbeit, den Esprit und neue Netzwerkimpulse durch Petritz, die zuvor an der Universität Klagenfurt Kommunikationswissenschaften studierte. Für Jermendy stehen das Zusammenkommen von Menschen und die Kooperation im Netzwerk innerhalb der Jungen Industrie im Vordergrund. Er ist überzeugt, diesen erfolgreichen Weg auch mit Martina Petritz als Geschäftsführerin fortzusetzen.

Folgerichtig war auch eines der zentralen Projekte von Jermendy und Pucher eines zum Wissensaustausch zwischen Industriebetrieben und jungen Führungskräften. Ganz wichtig war und ist der Kärntner Jungen Industrie aber auch das Wecken der Begeisterung für MINT (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik)



V.l.n.r.: JI-Kärnten-Vorsitzender Edgar Jermendy und die neue GF Martina Petritz mit dem scheidenden JI-Kärnten-GF Wolfgang Pucher

schon bei den Kleinsten. Pucher dazu: „Es war eine sehr interessante Zeit und erfüllende Tätigkeit, für den starken Industrienachwuchs in Kärnten zu arbeiten. Mit dem von der Raiffeisen Landesbank unterstützten Kindergartenprojekt „Sumsi forscht mit“ ist uns Großes gelungen, die JI hat einen bedeutenden Fußabdruck in der MINT-Landschaft hinterlassen. Ich bedan-

ke mich bei allen Mitstreitern und Wegbegleitern.“ Jermendy dankt Pucher für sein großes Engagement, seine Initiative und das umfangreiche Know-how.

Martina Petritz freut sich auf die neue Aufgabe und die Möglichkeit, vor allem ihre Talente im Bereich der Kommunikation einzubringen. Sie baue auf einem starken

INFORMATIONEN

Die Junge Industrie (JI) ist die Jugendsektion der Industriellenvereinigung Kärnten, eines Vereins zur Vertretung der Interessen der Industrie. Mitglieder der JI sind aufstrebende Fachkräfte und Nachwuchsführungskräfte in Industrieunternehmen ebenso wie Geschäftsführer, Eigentümer und Betriebsnachfolger.

An einer Mitgliedschaft Interessierte informiert die Geschäftsstelle der Jungen Industrie Kärnten telefonisch: **0463-566 150** oder per E-Mail: **kaernten@jungeindustrie.at**

Netzwerk rund um den engagierten Vorsitzenden und den Vorstand der Jungen Industrie auf und übernehme eine Reihe von erfolgreichen Veranstaltungsformaten (etwa „Erfolgreiche ManagerInnen erzählen“). Weitere Mitstreiter zu gewinnen sowie die JI Kärnten, ihre Anliegen und Projekte noch bekannter zu machen, dafür will sie sich einsetzen.

Kunststoff im Kreislauf

PreZero Polymers erzeugt Rezyklat für hochwertige industrielle Anwendungen. Der größte Standort des Unternehmens ist in Haimburg bei Völkermarkt.

Im Jahr 2019 wurde die ehemalige Sky Plastic Group vom Umweltdienstleister der Schwarz-Gruppe (zu der die Supermarktketten Lidl und Kaufland gehören) übernommen. Seit August 2020 ist das Unternehmen nun als PreZero Polymers mit einheitlichem Namen unter dem Dach von PreZero International integriert. Das Unternehmen beschäftigt über 230 Mitarbeiter und schenkt mit seinen Recyclingstandorten in Österreich (Haimburg), Italien (Fonte), Deutschland (Grünstadt) jährlich über 200.000 Tonnen Kunststoffabfällen ein neues Leben. Die Rohstoffe werden dabei aus der haushaltsnahen Wertstoffsammlung wie dem Gelben Sack gewonnen. Dabei handelt es sich größtenteils um Verpackungsmüll des täglichen Gebrauchs wie Lebensmittelverpackungen, Duschgel-Flaschen, und andere. PreZero Polymers produziert daraus derzeit sortenreine Kunststoff-Rezyklate. Sie werden in hochwertige Ausgangsstoffe für neue industrielle Anwendungen, etwa im Möbel- und Haushaltsgerätebau oder in der Automobilindustrie, verwandelt. Und hier hören die Einsatzgebiete nicht auf: In einem einzigartigen Projekt innerhalb der Schwarz Gruppe wurden 2021 bereits zweimal Haushaltsprodukte aus recyceltem Kunststoff von PreZero Polymers bei Lidl und Kaufland in den Handel gebracht. PreZero Polymers hat drei Standorte in Europa: Haimburg/Kärnten ist der größte, dazu kommt einer in Fonte/Italien und einer in Grünstadt/Deutschland (ein Joint Venture mit der Meinhardt

Gruppe). In den USA gibt es zwei weitere in Kalifornien und South Carolina.

PreZero Polymers investiert konsequent in das Thema Kunststoffrecycling. Ein wichtiges Leuchtturmprojekt ist das hochmoderne PE-Recycling-Werk in Grünstadt. Gemeinsam mit der Meinhardt Gruppe bündelt PreZero Polymers in dem Joint Venture Synergien, um auf hochwertige HDPE-Rezyklate für den Einsatz in Reinigungs-, Hygiene- und Kosmetikprodukten zu setzen. Und auch im Bereich Folienrecycling sieht PreZero Polymers Potenziale, sich weiterzuentwickeln und weitere Produkte aus den eigenen Recyclingkreisläufen herzustellen.

Vorreiter bei Kreislaufwirtschaft

Die Schwarz-Gruppe übernimmt also Verantwortung – indem sie Verpackungen und Produkte aus Kunststoff, die der Handel tagtäglich in Umlauf bringt, wiederverwertet und im Wertstoffkreislauf hält. Die Unternehmensgruppe gehört zu den Vorreitern beim Thema Kreislaufwirtschaft. Bereits jetzt bildet sie den Wertschöpfungskreislauf fast vollständig ab – von der Produktion über den Handel bis hin zur Entsorgung, dem Recycling und der Wiederverarbeitung zu neuen Produkten. „Als etablierter Akteur im Kunststoffrecycling übernehmen wir eine besondere Rolle in der Schließung des Kunststoffkreislaufs innerhalb der Schwarz Gruppe, auch im Rahmen der Plastikstrategie der Schwarz Gruppe REset



Der Standort von PreZero Polymers in Haimburg bei Völkermarkt/Kärnten

Plastic“, so Robert Lackner, Geschäftsführer von PreZero Polymers in Haimburg. „Es ist essenziell, zwischen Kunststoffen und Kunststoff-Abfällen zu unterscheiden. Kunststoff-Abfälle, die nicht recycelt werden, müssen wir auf allen Ebenen tunlichst vermeiden. Die daraus resultierenden sozialen und ökologischen Auswirkungen sind enorm. Kunststoffe hingegen sind eine wesentliche Säule des Wohlstands in unserer Gesellschaft. Sie ermöglichen aufgrund ihrer vielfältigen Eigenschaften im Vergleich zu anderen Materialien wie Glas einen hohen Individualisierungsgrad und breite Einsatzmöglichkeiten“, erklärt Lackner.

Recycling spart Treibhausgase

Laut einer aktuellen Studie des Fraunhofer-Instituts können durch den Einsatz von Kunststoff-Rezyklaten bis zu 60 Prozent der klimaschädlichen Treibhausgas-Emissionen im Vergleich zur Kunststoff-Neuproduktion eingespart werden. Umso wichtiger ist es, die Kreislaufwirtschaft für Kunststoffe voranzutreiben, Kunststoff-Abfälle zu recyceln und ihnen somit ein neues Leben zu schenken. Gebrauchte Kunststoffe dürfen nicht als Abfall betrachtet werden. Auch nach der Nutzung bleibt Kunststoff ein Wertstoff, der immer wieder eingesetzt werden muss, damit seine positiven Eigenschaften überwiegen.



Als nachhaltig orientiertes Unternehmen investiert PreZero Polymers in die Zukunft und den österreichischen Standort. „Wir haben in den letzten Jahren ein umfangreiches Investitionsprogramm für eine nachhaltige Produktion mit verschiedenen Schwerpunkten gestartet und kontinuierlich in die Modernisierung der Anlagen investiert“, so Lackner. Bis 2030 verfolge PreZero Polymers einen starken Wachstums- und Investitionskurs und ermögliche für seine Mitarbeiter sichere Arbeitsplätze und Entwicklungschancen.